

Laibacher Zeitung.

Nr. 128.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 5. Juni

Insertionsgebühr die 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst dr. Zeile 3m. 6 fr., 2m. 8 fr., 1m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1868.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Mai d. J. den bisherigen k. k. Ministerresidenten am kaiserl. brasilianischen Hofe Hippolit Ritter v. Sonnleithner zum k. k. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich portugiesischen Hofe allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Mai d. J. den bisherigen Generalconsul in Warschau Emanuel Grafen Ludolf zum Ministerresidenten am kaiserlich brasilianischen Hofe allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Mai d. J. den kaiserl. Legationsrath Friedrich Edlen v. Pilat zum Generalconsul in Warschau allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Die Finanz- und Steuervorlagen im Abgeordnetenhaus.

Wien, 3. Juni. Für die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses ist der Generalbericht des Finanzausschusses über die Finanz- und Steuervorlagen der Regierung sammt den dazu gehörigen Einzelberichten auf die Tagesordnung gesetzt. Die Volksvertretung steht vor einer Aufgabe, deren Lösung von tief einschneidender Bedeutung für die Zukunft Oesterreichs werden muß. Man hat sich dies weder in den Abgeordnetenkreisen noch im Publicum überhaupt verhehlt, man kennt die Tragweite der Beschlüsse, welche das Abgeordnetenhaus in der Finanzfrage fassen wird, und aus diesem Grunde allein schon glauben wir, daß bei allem Mangel einer einheitlichen Idee, der sich unter den Abgeordneten selbst fühlbar macht, doch ein einseitiger, mit der Staatsklugheit im Widerspruch stehender Beschluß nicht gefaßt werden wird. Dem Plane, welchen die Regierung dem finanziellen Neubau Oesterreichs zu Grunde gelegt wissen will, stehen zwei andere, sich selbst wieder bekämpfende Vorschläge gegenüber, nämlich die Vorschläge der Majorität und jene der Minorität des Finanzausschusses. Ueber das Votum der Majorität hat die öffentliche Meinung bereits ihr Urtheil gesprochen; es lautete entschieden ablehnend; denn niemand will die Verantwortung auf sich nehmen, zustimmend sich über Maßregelungen ausgesprochen zu haben, welche den Staatsbankrott bedeuten.

Mildere Beurtheilung fanden die Vorschläge der Minorität des Finanzausschusses. Wenn auch in vielem von dem Standpunkte, den die Regierung einnimmt, abweichend, haben sie doch die eine — unserer Ansicht nach die wichtigste — Idee mit den Regierungsvorlagen gemein, daß es vollständig unzulässig sei, das Deficit auf die bequemste Art zu decken, nämlich durch Heranziehung der Staatsgläubiger allein. Die Minorität des Finanzausschusses ist dafür, daß die Lasten des Staates von allen getragen werden müssen. Die Uebereinstimmung in diesem Punkte läßt eine weitere Annäherung zwischen der Regierung und der Minorität, einen auf gegenseitige Concessionen basirten Ausgleich fast mit Gewißheit erwarten.

Die hiesigen Journale befassen sich heute fast sämmtlich mit der Finanzfrage. Klarheit scheint sich in der schwebenden Frage noch immer nicht Bahn gebrochen zu haben, aber den Urtheilen und Anschauungen, die heute vorliegen, sind jedenfalls jene Mäßigung und Uebereinstimmung nicht abzuspochen, die bisher gefehlt haben. Ein Ausspruch der „Debatte“, der mit unsern Ansichten vollkommen harmonirt, verdient erwähnt zu werden. Die „Debatte“ glaubt, in der Discussion selbst werde der alte Spruch, „daß aus wackerer Männer Rede und Gegenrede die echte Goldmünze der Wahrheit herausgeschlagen wird“, zur vollen Geltung gelangen, es werde ein beleuchtender Gedanke aufblitzen oder ein treffendes Wort fallen, welches die Situation rasch klärt und eine Verständigung auf Grund eines, alle Interessen befriedigenden Compromisses ermöglicht. — Das Blatt hat Recht. Durch das Aneinanderprallen

der Gegensätze ist oft schon das Richtige zu Tage gefördert worden. (W. G. Z.)

119. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 3. Juni.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Fürst Auersperg, Graf Taaffe, von Plener, Ritter v. Hasner, Graf Potocki, Dr. Brestel, Dr. Berger.

Präsident von Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 Min.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Das Herrenhaus theilt die von demselben in seiner letzten Sitzung gefaßten Beschlüsse mit.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Es wird zur Tagesordnung geschritten. Auf derselben steht der Generalbericht des Budgetausschusses über die Finanzvorlage und die Berichte über die einzelnen Gesetze.

Berichterstatter Skene: Die Finanzvorlagen sind nicht allein als solche zu betrachten, sie bilden auch den Schlüsselstein der Scheidung der beiden Reichshälften. Die Staatsschuld war einer der wesentlichsten Punkte unter den zur Vereinbarung mit Ungarn seinerzeit vorliegenden. Redner recapitulirt die einzelnen Momente der Debatten über die Staatsschuld bei Gelegenheit der Ausgleichsverhandlungen. Damals sei man der Frage schon aus dem Wege gegangen, heute falle uns die bittere Frucht in den Schooß.

Der Finanzminister sagte seinerzeit, die Ehrlichkeit verlange, daß man den Regierungsvorlagen zustimme. Wenn man von Ehrlichkeit spreche, so hätte er es lieber gesehen, wenn erklärt worden wäre, daß wir den Rest der Staatsschuld auf unsere Schultern nehmen wollen. Nachdem dies nicht beliebt wurde, müsse man sich fragen, wozu die österreichischen Länder eigentlich verpflichtet sind, und dabei die Interessen der hier vertretenen Königreiche und Länder im Auge haben.

Redner übergeht auf die Frage des Deficits und berechnet ziffermäßig, daß dasselbe sich auf 72 Millionen belaufe. Das Extraordinarium des Kriegsbudgets, welches sich für unseren Theil auf 18 Millionen belaufe, werde noch mehrere Jahre eine Nothwendigkeit sein, die Einrichtung des Extraordinariums habe überhaupt keinen anderen Zweck, als das Ordinarium durchzubringen. Wenn dieses consumirt ist (Redner führt die Hand zum Munde), wird das Extraordinarium als Dessert präsentirt.

Die Berechnung des Deficits, wie sie der Finanzminister aufstellte, greift der Berichterstatter in den einzelnen Details an, um zu dem Schlusse zu gelangen, daß auch im Jahre 1869 sich ein Deficit von mindestens 60 Mill. ergeben werde.

Wenn die Vermögenssteuer entfällt, sagt Redner weiter, so fehle auch die Nothwendigkeit, für drei Jahre die Finanzvorlage zu beschließen und sich so des werthvollsten Rechtes, des Steuerbewilligungsrechtes, auf längere Zeit zu entäußern. Wenn man auch heute eine Regierung vor sich habe, die sich des vollsten Vertrauens erfreue, so wisse man doch, wie rasch eine Aenderung eintreten könne, und dann wäre es nur von Nachtheil, dieses kostbare Recht nicht zu besitzen.

Er könne sich auch nicht der Hoffnung des Finanzministers hingeben, daß nach diesen drei Jahren das Deficit verschwinden werde, aber angenommen, daß dies der Fall sein könnte, frage er, sollen denn fortwährend in Oesterreich die höchste Bier-, die höchste Salzsteuer zc. bestehen, soll das Lotto fortbestehen, sollen wir für den Unterricht nichts thun können, nichts für Communicationen, soll Oesterreich stets nur für unproductive und nichts für productive Zwecke ausgeben können?

Von diesem Gesichtspunkte habe sich das Subcomité bei seinen Beschlüssen leiten lassen. Wenn man in solchen Momenten falsche Maßregeln ergreift, wäre dies auf die Dauer von argem Schaden.

Man entschloß sich deshalb, die Regelung der ganzen Frage vorläufig zu verschieben und sich darauf zu beschränken, für den nothwendigen Bedarf zu sorgen. Eine wichtige Frage werde die der Steuerreform sein, denn die Steuergesetze müßten früher gründlich geändert werden, bevor man das Volk zu höheren Lasten heranziehen könne.

Redner entwickelt nun die bekannten Anträge der Majorität und fährt fort:

Als die Anträge in das Publicum drangen, waren die Mitglieder des Ausschusses den heftigsten Invektiven von Seiten der Presse ausgesetzt, ja man griff selbst zu Verleumdung und Entstellung. Ich persönlich kümmerere das wenig, er habe die Erfahrung gemacht, je mehr er angegriffen werde, desto mehr nehme das Publicum Partei für ihn, und so machten die Zeitungen für ihn nur Reclame. Einen großen Theil der Schuld schiebt der Berichterstatter der Presseleitung zu, welche er der Tactlosigkeit beschuldigt, das Ansehen des Parlamentes zu untergraben und das Wort „Bankrottirer“ erfunden zu haben, welches ihm entgegengeschleudert wurde. Wer Bankrot macht, brauche er nicht zu sagen, die cisleithanischen Länder gewiß nicht.

Diejenigen, welche sagen: wir anerkennen das, was wir zu zahlen haben, und es auch zahlen, die machen nicht Bankrot, wenn man aber sagt: wir übernehmen eine Verpflichtung, und erfüllt sie nicht, dann ist man wohl dem Bankrot näher. Redner schließt mit der Versicherung, daß der Finanzausschuß einhellig in dem Bestreben war, die Regierung zu unterstützen und sich damit beschäftigte, das Einlenken der Regierung zu ermöglichen, aber auch die parlamentarische Nachgiebigkeit finde eine Grenze in der Ueberbürdung des Volkes.

Se. Exc. Minister Dr. Berger: Ich muß in diesem Augenblicke das Wort ergreifen, um eine ganz untergeordnete Nebenfrage, welche der Herr Berichterstatter in seinem Bericht einbezogen hat, vorweg und zu dem Zwecke zu beseitigen, damit es ihm nicht gelingen soll, irgendeinen Mißklang durch diese untergeordnete Sache in das hohe Haus zu bringen.

Es ist kein Geheimniß, daß ich in der diesseitigen Regierung mit der Presseleitung, auf welche der Herr Berichterstatter, wie wir vernahmen, so übel zu sprechen ist, betraut bin. Der Herr Berichterstatter hat der sogenannten officiösen Presse vorgeworfen, daß sie angesichts derjenigen Partei, die er in der Finanzfrage vertritt, zur Verleumdung, zur Lüge gegriffen habe. Das mindeste was man solchen Anschuldigungen gegenüber verlangen kann, wären die Beweise.

Mit solchen hat uns aber der Herr Berichterstatter nicht gedient, wohl aber mit Kraftausdrücken, welche aber meines Erachtens, selbst wenn sie auch noch kräftiger wären, die Stelle von Beweisen nicht vertreten können. Er meint, die diesseitige Regierung sei da von ihrer Presseleitung sehr schlecht bedient worden; mir aber scheint der Grund seines Uebelwollens, seiner Mißstimmung sei nicht hierin, sondern vielmehr darin zu suchen, daß er von einer vollständig unabhängigen Presse allzu gut bedient wurde, und diejenige Presse, welche die Anträge des Herrn Berichterstatters am meisten bekämpft hat, steht, das kann ich offen und vor aller Welt erklären, zur Presseleitung auch nicht in der allergeringsten Beziehung. (Rufe links: Sehr gut!)

Man hat weiter der Presseleitung vorgeworfen, sie hätte der Partei, deren hauptsächlichstes Organ der Herr Berichterstatter ist, den Namen Bankrottirer an die Stirne geschleudert. Ich kann versichern, daß dieser Ausdruck in dem Bureau der Presseleitung seinen Ursprung nicht genommen hat, das Wort gelangte in die Oeffentlichkeit und mit den Worten Bankrottirer, Bankrotteurs und Bankrot wurde nicht bloß die Partei und die Sache, welche der Herr Berichterstatter vertritt, sondern auch die Regierung selbst und ihre Vorlage bedient, wenn sie auch nur einer 17perc. Couponsteuer das Wort redete, und da glaube ich, könnten wir, der Herr Berichterstatter und ich, uns Arm in Arm mit einander nur über die gleichen Insulten beschweren. (Heiterkeit.)

Am meisten muß ich jedoch zurückweisen, wenn sich der Herr Berichterstatter, obschon nicht mit gleicher Kühnheit wie bei den anderen Beschuldigungen, bis zu der Beschuldigung verstieg, daß die Presseleitung das Ansehen des Parlamentes untergrabe. Meine Herren! Ich kann mich hiebei ganz ruhig vielleicht auf eine frühere Zeit berufen; vergleichen Sie den Ton, der in der Presse, soweit auf sie die Regierung Einfluß nimmt, bezüglich beider Häuser des Reichsrathes und einzelner Mitglieder desselben derzeit herrscht, mit einem anderen Tone, wie er einst geherrscht hat, und ich glaube, ich werde es nicht nötig haben viele Worte zu machen, um die Anschuldigung des Herrn Berichterstatters auf das entschiedenste durch den Inhalt der Presse selbst dementiren zu können.

Die Presseleitung faßt ihre Aufgabe von einem weit höheren Gesichtspunkte auf. Ihr ist es darum zu thun.

dasjenige, was durch die Staatsgrundgesetze an Grundlagen für den Ausbau des Staatsganzen gewonnen wurde, redlich und ehrlich mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln, nicht aber mit Verleumdung und Lüge zu pflegen, denen sie immer fremd bleiben wird, mindestens so lange ich die Ehre haben werde, die Presseleitung zu führen. (Bravo! Bravo! links.)

Der Berichterstatter der Minorität Dr. B a n h a n s ergreift das Wort.

(Schluß folgt.)

Bur Finanzfrage.

Das englische Blatt Morning Herald veröffentlicht einen Brief aus Wien vom 25. Mai, dessen Inhalt als eine Erwiderung auf die bekannte Reclamation der 48 Londoner City-Firmen gegen die österreichischen Finanzmaßregeln anzusehen sein dürfte. In dem Briefe heißt es:

„Seit fast 40 Jahren haben die Staatseinnahmen im österreichischen Budget den Staatsausgaben nicht die Wage gehalten und durch stets erneuerte Anlehen ist die Staatsschuld seitdem um 3000 Millionen Gulden gewachsen. Zwei unglückliche Kriege und der Verlust zweier Provinzen haben in jüngster Zeit die Einnahmen schwer betroffen, während auf der andern Seite der Ausgleich mit Ungarn die Verpflichtungen dieses Königreichs um zwei Millionen Gulden vermindert hat. Durch allmälige Verringerung der Ausgaben ist das Deficit von 100 auf 60 Millionen herabgesetzt worden, doch fällt die Deckung desselben, ebenso wie der bisher von Ungarn getragenen 12 Millionen lediglich auf die westlichen Provinzen des Reiches. Da aber die Zunahme der Besteuerung mit der Zunahme der Bevölkerung vollständig Schritt gehalten und in Wirklichkeit die äußerste Grenze erreicht hat, wie man aus den Tabellen über die Rückstände ersehen kann, so ist es klar, daß dieser Theil des Reiches nicht das ganze Gewicht des Deficits zu tragen vermag. Die Regierung ist im Einklange mit einem richtigen und allgemein gebilligten Principe zu dem Entschlusse gekommen, das System, ein jährlich wiederkehrendes Deficit durch neue Anlehen zu decken, für Friedenszeiten in der Folge aufzugeben und das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen auf andere Weise herzustellen. Als einziger Ausweg daher, um das Deficit wirklich fortzuschaffen, bleibt nur die Reduktion der ungeheuren Summen, die für die Staatsschuld bezahlt werden. Es ist das unzweifelhaft die wahre Lage der Dinge. Die niedrigen Preise österreichischer Staatspapiere und die Bedingungen, denen sich Oesterreich bei Contrahirung von Anlehen hat unterwerfen müssen, zeigen zur Genüge, daß die Darleher die Sache richtig aufgefaßt haben. Die enormen Zinsen, welche Oesterreich zu bezahlen hat, im Verhältniß zu anderen deutschen Staaten, beweisen, daß die Darleher über die möglichen Eventualitäten im Klaren waren und sich zu sichern suchten. Gegenwärtig consolidirt sich Oesterreich, es hat sich auf constitutioneller Grundlage neu organisiert und zur Erlangung innerer Sicherheit Ungarn vollständig zufriedengestellt, indem es ihm seine eigene Regierung zurückgegeben und Concessionen in Betreff der Nationalschuld gemacht hat. Hat Oesterreich nicht das Recht, von seinen Gläubigern Unterstützung bei diesem Consolidirungswerke, das ihnen größere Sicherheit gewährt, zu erwarten? Darf es nicht verlangen, daß man ihm in Zukunft die Versicherungs-Prämie erlasse? Soll es fortfahren, Jahr um Jahr das Deficit durch neue Schulden zu decken? Soll es die Steuerlast so sehr in die Höhe treiben, daß die Unzufriedenheit im Innern gerechtfertigt erscheint? Oder soll es die Vertheidigung des Staates nach Außen vernachlässigen und ihn dem Untergange aussetzen? Will der Staatgläubiger um einen solchen Preis auf seiner Versicherungs-Prämie bestehen? Und kann die Regierung mit ruhigem Gewissen eine Steuerbürde andauern lassen, die schließlich alle Production erdrücken würde, um den Gläubiger noch etwas länger im Genuße seiner exorbitanten Zinsen zu belassen? Gibt es nicht Pflichten der Selbsterhaltung, welche eine Regierung berechtigten, dem Principe der Nothwendigkeit in äußersten Fällen zu gehorchen? Die wirkliche Frage ist einfach: Consolidirung oder vollständiger Ruin. Es ist anzunehmen, daß Oesterreichs Gläubiger, die sich bisher bei ihren hohen Zinsen nicht übel befunden haben, sich nicht abgeneigt zeigen werden, mit einem kleinen Opfer bei der Aufrechterhaltung des Staates mitzuhelfen, statt denselben durch Erzwingung ihres Rechtes zu Grunde zu richten. Das hieße die Gans des goldenen Eies wegen umbringen.“

Die nordschleswigsche Frage.

Es wurde vor kurzem behauptet, Bismarck habe neuerdings, um die nordschleswigsche Sache in Ordnung zu bringen, ein Ultimatum an Dänemark gestellt. Davon kann aber, wie man der „M. Ztg.“ von Berlin anscheinend officiös schreibt, im Ernste nicht die Rede sein. Es gibt wohl insofern eine nordschleswigsche Frage, als noch nicht im entferntesten entschieden ist, wie ungefähr Preußen und Dänemark sich auseinandersetzen werden, allein die Auseinandersetzung irgendwie zu beschleunigen, hat Preußen für jetzt keinerlei Interesse,

und noch weniger kann es daran denken, durch die Stellung eines Ultimatus an Dänemark die Spannung zu forciren. Es interessiert sich keine einzige europäische Macht für die Art und Weise, in welcher schließlich über Nordschleswig entschieden werden wird. Daß Preußen und damit also Deutschland zu kurz kommen werde, glaubt niemand; auch ist Deutschland in seinem vollen Rechte, wenn es Nordschleswig möglichst für sich zu behalten bestrebt ist. Der Artikel 5 des Prager Friedens verdankt seine unglückliche Fassung dem diplomatischen Eifer Frankreichs, das einigermaßen geschont werden mußte, weil Preußen nicht in der Lage und Willens war, sich im Jahre 1866 außer Oesterreich und den meisten deutschen Kleinstaaten noch Frankreich als Feind auf den Leib zu ziehen. Inzwischen jedoch hat das Tuleriencabinet sich wesentlich beruhigt, und es legt, nachdem es im vorigen Jahre mit seinen Interventionsgeklüsten Bischo gemacht hat, jetzt, wie man vielfach annimmt, selbst kein großes Gewicht mehr auf den leidigen Art. 5 des Prager Friedens. Die Verhandlungen mit Dänemark ruhen so gut wie ganz. Zu einem Ultimatum liegt auch nicht die geringste Veranlassung vor.“

Oesterreich.

Wien, 1. Juni. (Dementi. — Vorlage des Wehrgesetzes.) Die Nachricht, daß Graf Andrassy gefonnen sei, das Portefeuille für Landesvertheidigung niederzulegen, ist, wie ich Ihnen mit Vergnügen versichern kann, nicht richtig. Es wäre auch durchaus kein Grund abzusehen, der den Minister zu diesem Schritte bewegen könnte. Ueberhaupt dürfte es das zweckmäßigste sein, allen Gerüchten über Veränderungen und Ernennungen im Schooße des Landesvertheidigungsministeriums zu misstrauen, da bisher maßgebenden Ortes diesbezüglich noch keinerlei Entschlüsse gefaßt worden sind. So sind auch die Gerüchte über die Designirung Klapka's zum Landesvertheidigungsminister und Batters zum Obercommandanten der ungarischen Landwehr (die alberne Ente über die Ernennung Batters zum gemeinsamen Kriegsminister glaube ich keiner Erwähnung würdigen zu müssen) vollkommen aus der Luft gegriffen. Weder im Landesvertheidigungsministerium, noch in jenen Kreisen, die den genannten zwei Herren nahe stehen, weiß man das geringste über diese Angelegenheit, und es ist geradezu unerklärlich, wie diese Gerüchte entstehen konnten! Mit der Vorlage des neuen Wehrgesetzentwurfes vor den ungarischen Reichstag dürfte nicht lange mehr gezögert werden, wie schon aus der Thatsache hervorgeht, daß die Rekrutirung für 1868 bereits nach diesem neuen Wehrgesetze geschehen soll. Das Ministerium hat sich zu letzterem entschlossen, weil noch im laufenden Jahre das erste Contingent für die Landwehr eingeeilt werden soll, daher die Rekrutirung für das stehende Heer nicht gefordert vorgenommen werden kann. Uebrigens kann man sich nicht verhehlen, daß der Reichstag nur sehr schwer seine Einwilligung zu einer Rekrutirung vor Einführung des neuen Wehrsystems gegeben hätte.

Ausland.

Florenz, 1. Juni. (In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer) begründete Cairoli seinen Antrag betreffs Verleihung der bürgerlichen und politischen Rechte an alle Italiener jener Provinzen, die noch nicht zum Königreiche Italien gehören. Der Minister des Innern erklärte sich einverstanden, mit dem Vorbehalte, die nothwendigen Amendements vorzuschlagen, sobald der Gesetzentwurf von den Bureau geprüft worden, und die Kammer erklärte schließlich letzteren für dringend. Die „Opin.“ spricht sich dafür aus, daß die Verleihung der bürgerlichen und politischen Rechte auf jene Italiener beschränkt werde, die den römischen Provinzen angehören, woraus sich dann von selbst die Folgerung ergebe, daß auch die Unterstützungen für die Emigration aufzuhören haben.

London, 30. Mai. (Aus dem Parlamente: Russel und das Ministerium Disraeli. — Die irische Kirchenbill.) Im Oberhause erhob sich gestern Earl Russell, um die Aufmerksamkeit des Hauses auf die gegenwärtige Stellung des Ministeriums zum Unterhause zu richten. Ohne das Vertrauen der letzteren Versammlung zu besitzen, bleibe das Cabinet im Amte. Nur unter ganz besonderen Verhältnissen könne ein solcher Zustand geduldet werden, auf alle Fälle aber seien die Neuwahlen möglichst zu beschleunigen, mehr als bisher, wo über vielfache Verschleppung zu klagen sei. Redner verlangt darauf eine deutliche Erklärung über die Politik der Regierung; die Kirchensteuer-Angelegenheit hoffte er durch die dem Oberhause jetzt vorliegende Bill bald erledigt zu sehen, dann aber handle es sich noch um die Schulfrage, zunächst und vor allem um die Schulen für die ärmeren Classen, die dotirten Schulen und die Deffnung der Universitäten. Die allerwichtigste Frage aber sei die irische, und er wünsche eine Erläuterung über die Erklärung des irischen Ministers, nach welcher die Regierung beabsichtige, religiöse Gleichstellung herbeizuführen, indem sie sämtliche Gemeinschaften hebe, ohne eine einzige herabzuziehen. Er (Earl Russell) könne darunter nur Dotirung aller Confectionen verstehen. Am Schluß

verurtheilt der Redner entschieden die Handlungsweise der Regierung, namentlich, daß sie ohne das Vertrauen des Unterhauses an ihrem Plage bleibe, und endet mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß ein neues Parlament bald einem so unconstitutionellen Zustande ein Ende machen werde. Der Earl of Malmesbury protestirt gegen die Behauptung, daß die Regierung nicht das Vertrauen des Unterhauses besitze, und fordert die liberale Partei heraus, ein Misstrauensvotum einzubringen. Den Vorwurf der Verschleppung schleudert der Earl auf die Opposition zurück, Gladstone habe dem Hause die irische Kirchenfrage aufgenöthigt, während die Regierung nur darnach strebe, das Reformwerk zu beendigen, um damit zur Auflösung schreiten zu können. — Im Unterhause erkundigte sich Gladstone, welche Stellung die Regierung in der Comitéberathung der irischen Kirchenbill gegenüber einzunehmen gedenke. Disraeli erwidert, die Bill sei schlecht, aber es sei nicht Sache der Regierung, sie zu verbessern, und sie werde daher in der Comitéberathung von den Regierungsbänken keine Opposition erfahren. Nachdem darauf Mr. Walpole den Bericht des Sonderausschusses über die neue Eintheilung der Wahlbezirke vorgelegt, beantragt der Premier Berathung des Hauses bis zum kommenden Donnerstag. (Die Comitéberathung über die irische Kirchenbill ist auf Freitag ausgesetzt.) Mr. Forster richtet alsdann an die Regierung die von ihm angekündigte Anfrage, welche Schritte die Regierung zu thun beabsichtige, um die Auflösung des Parlamentes zu beschleunigen. Nach seiner Ansicht könne ein neues Parlament am 12. November zusammentreten und am 17. seine Thätigkeit beginnen. Mr. Hilbert und Lord Eliho halten eine Herbstsession nicht für wünschenswerth und nöthig, während Mr. Clay der entgegengesetzten Meinung ist. Sir R. Knightley bringt auf Erledigung der Bill gegen Bestechung bei den Wahlen noch im Laufe der jetzigen Session, und Mr. Otway tadelt gleichzeitig den in letzter Zeit im Hause eingerissenen Ton und die Gleichgültigkeit der Regierung gegen die öffentliche Meinung. Mr. Disraeli erklärt die Erledigung der Reformbill für absolut nothwendig, weniger gelte das von der Bestechungsbill, obgleich auch deren Abwicklung höchst wünschenswerth sei. Eine Herbstsession habe die Regierung fortwährend im Auge gehabt. Bis jetzt habe man keinen Tag versäumt und die Regierung widme der ganzen Angelegenheit ihre reiflichste Erwägung. Gladstone hält die Antwort in Betreff des Auflösungsstermins für zu unbestimmt und stellt für den Fall, daß keine deutlichere Auslassung nach den Feiertagen erfolge, weitere Schritte zur Veranlassung desselben in Aussicht. Im weiteren Verlauf der Erörterung äußert der Minister des Innern, die Regierung beabsichtige, sobald es irgend möglich, aufzulösen, was Mr. Cardwell mit Befriedigung constatirt.

Haag, 2. Juni. (Das neue Cabinet) wurde in folgender Weise gebildet: Der Bürgermeister von Amsterdam Fock wurde zum Minister des Innern, Vanbosse zum Finanzminister, Vanlila zum Justizminister, Rost van Limburg zum Minister des Aeußern, der Fregattencapitän Brocx zum Marineminister, De waal zum Minister für die Colonien und Vanmulken zum Kriegsminister ernannt. Das Cultusministerium wurde aufgehoben.

Tagesneuigkeiten.

— (Eisenbahn Villach-Triest.) Das k. k. Handelsministerium hat mit Erlaß vom 27. v. M. dem Triester städtischen Eisenbahncomité, welches die Vorconcession für die Linie Triest-Görz-Prebil-Goggau besitzt, auch die Vorconcession für die Strecke Goggau-Villach auf die Dauer von sechs Monaten verliehen, obschon die Rudolphsbahn-Gesellschaft, der nach § 2 der ihr verliehenen Concession die Verpflichtung obliegt, die Eisenbahn von Villach nach Triest auf Verlangen der Regierung zu bauen, sich bereits im Besitze technischer Studien befindet, welche sie über den größten Theil dieser Strecke hat ausführen lassen.

— (Ein Postgaul, der zuverlässiger als sein Rutscher ist.) Kürzlich wurde das Gerücht verbreitet, daß zwischen Schäßburg und Mediasch der Postwagen ausgeraubt wurde. Die angebliche Verabingung reducirt sich auf folgenden Vorfall. Der Schäßburger Postkutscher lehrte auf seiner Fahrt nach Elisabethstadt in einem Dorfe ein, und bediadufelte sich kannibalisch. Landleute spannten den Postgaul aus und banden ihn an der Rückseite des Karrens, damit er von dem darin befindlichen Heu fresse. Das Thier mußte aber ahnen, daß man in Elisabethstadt auf die Schäßburger Briefpost warte; es wußte sich loszumachen und lief, nicht etwa in seinen Stall nach Schäßburg, sondern direct nach Elisabethstadt, wo es sich im Postamte einstellte. Unterdeß zogen einige Spahrvögel den Postarren in einen Chauffeegraben, stürzt ihn da um und legten den schnarrenden Rutscher neben dem Karren auf dem Boden. Hier wurde der pünktliche Briefpostbeförderer von der Gendarmerie sammt dem unversehrten Briefbeutel, welcher in Folge des Vorgefallenen um 24 Stunden verspätet in Hermannstadt einlangte, bald aufgefunden und — nächstens gemacht.

— (Ein anständiges Honorar.) Die amerikanische Verlagsbuchhandlung Messrs. Appleton hatte Charles Dickens 20.000 Doll. für einen Roman von derselben Länge wie „Der Mutual Friend“ angeboten, der Schrift-

steller das Anerbieten jedoch abgemiesen, weil er augenblicklich nicht beabsichtige, ein größeres Werk zu schreiben.

Locales.

Laibach, 4. Juni.

Wir constatiren mit Vergnügen, daß die „Novice“ auf unser letztes Wort an sie, in Nr. 124 d. Bl., keine andere Antwort finden, als eine wohlfeile Verbächtigung, welche ein Blick in den Urtext des citirten Novice-Artikels widerlegt, und eine Frage von jener Art, welche wir neulich durch ein bekanntes Sprichwort charakterisirt haben, nämlich: warum wir von der Einstellung der gerichtlichen Untersuchung gegen Dr. Costa anlässlich des Sofol-Excesses keine Erwähnung gemacht haben? Darauf diene den „Novice“ zur Abfertigung, daß wir, so wenig als wir seinerzeit des Antrages auf Einleitung der Untersuchung erwähnten, uns bemüht haben, von der Einstellung Act zu nehmen. Wir unsererseits legen dem Gegenstande nicht jene Wichtigkeit bei, welche er in den Augen der „Novice“ zu haben scheint und glaubten ihn durch Still-schweigen am rücksichtsvollsten zu behandeln.

Die von uns gemeldete Abreise einer Deputation der höchstbesteuerten Bürger Laibachs nach Wien, zu dem Zwecke, um dem h. Ministerium eine, unsere Lage beleuchtende Adresse zu überreichen, scheint den „Novice“ großes Unbehagen zu verursachen. Sie will wissen, wer die Abgesandten seien, während wir doch überzeugt sind, daß sie ihre Namen, welche zu den geachteten Laibachs gehören, sehr gut kennt; sie bestreitet der Bürgerschaft das constitutionelle Recht, ihre Beschwerde vor den Rath der Krone zu bringen, und möchte die Adressdeputation unter die Polizeiaufsicht des Herrn Tom an und Conforten gestellt wissen. Diese Herren kennen unsere Bedürfnisse und Wünsche besser, als die Unterzeichner der Adresse! Es nimmt uns nur Wunder, daß die Herren Tom an und Conforten als legale Vertreter des Landes noch keinen Anlaß zu einer Beschwerde über die Unterdrückung ihrer Partei bei dem h. Ministerium genommen haben. Oder halten sie vielleicht ihre patriotischen Bestrebungen für die Besserung unserer Zustände nur so ängstlich geheim? Es ist ja doch sonst bei den Koriphäen dieser Partei nicht üblich, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen.

Uebrigens genügt zur Erkenntniß unserer Zustände schon die Lectüre der „Novice“, und es würde in der That die beste Beleuchtung ihrer Tendenz in der wörtlichen Wiedergabe ihrer Elucubrationen gefunden werden.

In eine Widerlegung der Anwürfe gegen die „deutschthümliche Partei“ einzugehen, halten wir für überflüssig, und wir glauben fest, daß das hohe Ministerium der Beschwerde einer bedeutenden Anzahl angesehener Bürger die erforderliche Beachtung schenken wird, ohne seinem bisher noch stets vertretenen Wahlsprüche: „Jedem das Seine“ etwas zu vergeben.

Wie die „Novice“ die Gleichberechtigung auffassen, sehen wir aus dem „Vabilo“ (Einladung) ihrer Patrioten (domoljubi) par excellence, worin ein Mai-ausflug eine Demonstration genannt und zum Schutze der Gleichberechtigung aufgefördert wird, nachdem eben erst in der letzten Nummer der „Novice“ von „deutschen Bettlern“ die Rede war, welche der Verachtung preisgegeben wurden. Und „Novice“ wagten es, von Aufhebung gegen die Gleichberechtigung zu reden, nachdem sie selbst das uns nicht fremde, sondern heimatberechtigte deutsche Element in Acht und Bann erklärt haben.

Wir kennen wohl das fremde Element, das die Partisane der „Novice“ in unser ehemals so friedliches, durch die Loyalität, Frömmigkeit und Wiederkeit seiner Bewohner ausgezeichnetes Land verpflanzt haben, es ist das Element des gemachten, künstlich erregten und gestachelten Racenhasses, des religiösen Fanatismus, der nach fremden Mustern gebildeten factiösen Opposition, der egoistischen Sonderzwecke, und der systematischen Agitationen in den niederen, leicht erregbaren Volksschichten und der heranwachsenden Generation, deren Früchte wir in den letzten Gewaltthatigkeiten, sowie in anderen fast alltäglichen Vorkommnissen vor Augen haben.

Ein Verdienst müßte aber auch der bitterste Feind der von den „Novice“ so verlästerten „deutschthümlichen“ Partei zugestehen, — daß sie noch nie den Weg der Gesetzmäßigkeit verlassen, wie sie denselben auch wieder in ihrer neuesten Manifestation auf die geradeste und loyalste Weise eingeschlagen hat.

(Gesunden.) Vor einigen Wochen wurde im Garten des Gasthofes zur Schnalle der rückwärtige Deckel einer goldenen Damenuhr gefunden. Der Verlustträger wolle sich diesfalls beim Stadtmagistrate antragen.

(Polizeibericht.) Vorgestern wurde hierorts eine von Neumarkt hieher zugereiste Magd wegen bedenklichen Verkaufsanbotes eines neuen schweren, schwarz seidenen Kleides und einer schwarzen Sammtmantille, im Gesammtwerthe von 150 fl., angehalten, und da sie sich über die Erwerbungsart nicht auszuweisen vermochte, der Strafbehörde eingeliefert.

(Zum Concertprogramm des Herrn Maschet) wird uns mitgetheilt, daß das von Frau Anna Pessiat vorzutragende ungarische Lied: „Ez a világ a

millen nagy,“ ungarisches Volkslied von Egressy sei. — Karten zu diesem Concerte sind bei Herrn Karinger zu bekommen.

(Musikalisches.) Die bei uns in gutem Andenken stehende Sängerin Fräulein Caroline Pichler befindet sich gegenwärtig wieder in unserer Mitte. Die wir zu unserer Freude vernahmen, ist dieselbe für die nächste Saison am t. t. Hofopertheater in Wien engagirt, wozu wir ihr herzlich gratuliren und den Wunsch aussprechen, sie möchte sich auch hier wieder einmal hören lassen, und uns die Fortschritte zeigen, welche sie in der Zwischenzeit ohne Zweifel gemacht hat.

(Unglücksfall.) Vorgestern Abends fiel der Maurer Franz Misic aus Trata, als er im Hofe des Hauses Nr. 232 in der Stadt arbeitete, von einer Leiter, und beschädigte sich derart am linken Fuße, daß er in das Spital übertragen werden mußte.

(Durch den Blitz getödtet.) Das Gewitter, welches gestern sich über Laibach und dessen Umgebung entlud, forderte leider ein Menschenleben als Opfer. Bei Mettche wurde das Fuhrwerk eines Müllners vom Blitze getroffen und der Knecht sammt zwei Pferden getödtet.

(Militärisches.) Ein oft geäußerter Wunsch der Bewohner von Rudolfswerth wird sich, dem Vernehmen nach, jetzt in Kürze erfüllen. Das 11. Jägerbataillon wird nämlich dorthin in Garnison verlegt werden.

(Der japanische Seidenspinner Yama-Nai) ist seit einiger Zeit auch in Krain eingeführt. Herr Raab in Slatenegg (Unterkrain) ist der Erste, der sich mit Versuchen in dieser Richtung beschäftigt. Gestern hatten wir Gelegenheit, bei dem verehrten Senior unsern Naturforscher, Herrn Schmidt, welcher bekanntlich eine der reichhaltigsten Sammlungen (9000 Käfer-, 3000 Schmetterlings- und 2000 Conchyliengattungen) besitzt und Freunden der Naturwissenschaft mit der größten Bereitwilligkeit vorzeigt, lebende Raupen jener japanischen Gattung, aus welchen Herr Schmidt den Schmetterling zu erziehen beabsichtigt, in Augenschein zu nehmen. Die Raupe ist schön hellgrün mit silberähnlicher Punctirung, der Cocon ist ebenfalls hellgrün und der Schmetterling, von welchem wir zwei präparirte Exemplare sahen, ist ziemlich groß, braun mit Silberfäden.

Sitzung der Handels- und Gewerbekammer für Krain vom 7. Mai.

Protokoll

über die außerordentliche Sitzung der Handels- und Gewerbekammer für Krain, welche am 7. Mai 1868 Nachmittags 5 Uhr im Saale des Gemeinderathes unter dem Vorsitze des Herrn Kammerpräsidenten B. C. Supan abgehalten wurde.

Gegenwärtig: Die Herren Mitglieder und Ersatzmänner: Josef Blasnik, Johann Fabian, Josef Gregorits, Johann Jamssek, Baso Petricic, Franz Rößmann, Mathäus Schreiner, Josef Schwentner, Paul Skale, Gustav Tönnies, Blas Verhovec, Johann Bel. — Schriftführer: Kammersecretärs-Substitut J. Murnit.

Der Herr Präsident B. C. Supan eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß der Comité-Bericht, betreffend das Gebührengesetz, verfaßt sei, und dasselbe der Kammersecretärs-Substitut vorzutragen werde.

Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung vom 14. April l. J. genehmigt wurde, trägt der Secretärs-Substitut den obberührten Bericht über jene Veränderungen und Abänderungen des zu Recht bestehenden Gebührengesetzes vor, welche sich auf Grundlage der von Industriellen und Handeltreibenden gemachten Erfahrungen als empfehlenswerth bezeichnen lassen.

Nach Schluß dieses ausführlichen Berichtes eröffnet der Herr Präsident die Debatte in diesem Gegenstande, an der sich die Herren Blasnik und Petricic und der Präsident betheiligen. Alle Redner erklären sich mit dem Beschiede einverstanden, dazu jedoch hat Herr Kammer-Mitglied Baso Petricic beantragt, statt der vom Comité bei T. P. 83 für Rechnungen aufgestellten nachstehenden Tarife, als:

Rechnungen bis 1 fl. unbedingt frei, über 1 fl. bis 20 fl. 1 kr., über 20 fl. bis 100 fl. 3 kr., über 100 fl. 5 kr.

folgenden Tarif: Rechnungen bis 10 fl. unbedingt frei, über 10 fl. bis 50 fl. 1 kr., über 50 fl. bis 100 fl. 2 kr., über 100 fl. bis 500 fl. 3 kr., über 500 fl. bis 1000 fl. 5 kr., über 1000 fl. 20 kr.

Nachdem Herr Petricic diesen Antrag mit dem begründet, daß der gegenwärtig zu hohe Tarif eine Umgehung der Entrichtung der Gebühr sehr häufig zum Schaden des Avarers veranlasse, daß derselbe insbesondere den kleineren Geschäftsmann und die ärmere Bevölkerung empfindlich treffe, so kann es weder im Interesse des Verkehrs noch des Avarers liegen, den bestehenden hohen Tarif beizubehalten. Bei der Abstimmung wurde der Comité-Bericht mit dem Änderungsantrage des Herrn B. Petricic angenommen.

Den folgenden Gegenstand bildete die Wahl der Sachverständigen im Sinne der, zum Schutze der Markennuster und Modelle für Industrie-Erzeugnisse erlassenen Gesetze vom 7. December 1858. Bei dieser wurden einstimmig nachstehende Herren, und zwar: a) aus dem Gebiete der Manufactur- und Galanterie-Waaren, dann Landesproducten-Industrie, die Herren: B. C. Supan, Josef Gregorits und Baso Petricic, Handelsleute in Laibach;

b) aus dem Gebiete der Holz- und Leder-Industrie und verschiedenen anderen gewerblichen Unternehmungen die Herren: Josef Schwentner, Johann Nep. Horak und Gustav Tönnies in Laibach, und c) aus dem Gebiete der Montan-Industrie, die Herren: Johann Thoman, Gewerks-director in Sagor und Johann G. Winfler, Handelsmann in Laibach — gewählt.

Nachdem der Vorsitzende Herr Supan an die Herren Kammerräthe die Anfrage stellte, ob niemand einen Separatantrag zu stellen wünsche, und sich niemand zum Wort meldet, fährt er fort und sagt ungefähr Folgendes:

„Meine Herren! ich werde mir erlauben mit einer möglichst kurzen Einleitung einen Antrag zu stellen, der zwar von allem Anfang an scheinbar für unausführbar und sogar in Bedenklichkeiten gezogen werden dürfte, allein bei klarem Licht betrachtet wird dieser gewiß als ein höchst wesentlicher für unseren gar so sehr verarmten Kammerbezirk bezeichnet werden. Letztlich schon äußerte ich mich, daß nicht alles, was den Verfall des Handels, der Industrie, der Gewerbe, überhaupt des materiellen Wohlstandes anbelangt, in die Schuhe der Regierung zu schieben sei; doch ich will den Gegenstand nicht wiederholt behandeln, und gehe ohne viel Worte zu machen gleich zur Hauptsache über und werde mich möglichst kurz fassen.“

„Ich habe als Gemeinderath vor längerer Zeit in einer Gemeinderathssitzung den Antrag gestellt, man möge die erforderlichen Schritte einleiten, um eine eigene städtische Feuerassicuranz zu gründen, und habe diesen meinen Antrag damit motivirt, daß wir in der Stadt für unsere Häuser, für unsere Waarenlager, für Möbel u. an die auswärtigen und ausländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaften jährlich einen großen Tribut bezahlen, und dabei ist es jedoch unbestrittene Thatsache, daß während meines mehr als 30jährigen Aufenthaltes in Laibach, mit Ausnahme einiger öffentlichen Gebäude, so zu sagen kein Privathaus u. abbrannte; und die Vergangenheit ist der Schlüssel für die Zukunft. Mein Antrag wurde einstimmig angenommen, dem löblichen Magistrate zur weiteren Behandlung zugewiesen, und es wurde leider bisher in diesem Gegenstande meines Wissens nichts veranlaßt.“

„Ich habe mir erlaubt diese Einleitung, die zwar die Kammer nicht berührt, aus dem Grunde vorzutragen, weil ich heute diesbezüglich einen Schritt weiter nehme und die Absicht habe die ursprüngliche Idee bezüglich der Hauptstadt auf unseren ganzen Kammerbezirk auszudehnen. Es ist allerdings wahr, daß die Verhältnisse des Landes mit jenen der Stadt total verschieden sind, aber meine Herren! wenn ich bedenke, daß gar so viele Agenturen für auswärtige und ausländische Gesellschaften * in unserem Lande, nämlich in unserem Kammerbezirke, für Feuerversicherungen u. bestehen, so scheint mir denn doch, daß dieser hochwichtige Gegenstand, wofür so viel Capital aus dem Lande strömt, und bei den Gesellschaften nach und nach das Vermögen zu Millionen anwächst, endlich einer näheren Prüfung und ausführlicher Berathung unterzogen zu werden verdient. Ich will nur noch kurz andeuten, daß zur Zeit der Saver-Schiffahrt die hiesigen Productenhändler unter sich eine eigene Asscuranz für ihre Schiffe gründeten, die vom besten Erfolge begleitet war.“

Kurz, um die verehrte Versammlung nicht weiter zu ermüden, stelle ich, ohne mich in's Weitere einzulassen, den Antrag:

„Die löbliche Handels- und Gewerbekammer möge jetzt, heute aus ihrer Mitte ein Comité von 5 Mitgliedern wählen, welches Comité sich — ähnlich wie bei der Frage der Laibach-Willacher Eisenbahn — nach Belieben auch mit anderen löblichen Corporationen und sonstigen Persönlichkeiten von der Hauptstadt und vom Lande verstärken soll, um die Berathung zu pflegen, ob und auf welche Art und Weise eine eigene Asscuranz im ganzen Kammerbezirke und der Hauptstadt errichtet werden könne.“

Herr RA. Josef Gregorits begrüßte mit warmen Worten und lebhafter Zustimmung diesen Antrag und constatirt, daß seiner Zeit die Getreidehändler, nachdem sie bereits an 50.000 Gulden an auswärtige Versicherungsanstalten gezahlt, nun unter sich eine Schiffs-Versicherung mit einer Einlage von 200 fl. gründeten, und später, als bei Herstellung der Eisenbahnen die Schiffsahrt aufhörte und sich die in Rede stehende Gesellschaft aufgelöst habe, eine Summe von 40.000 fl. an die Gesellschafter vertheilt worden ist, so zwar, daß jeder Theilhaber, wozu auch Redner gehörte, circa 4000 Gulden erhalten hat.

Herr Gregorits, sowie auch Herr RA. Blasnik sprechen entschieden für den Antrag des Herrn Präsidenten, welcher auch einhellig angenommen und in das diesbezügliche Comité die Herren B. C. Supan, Josef Gregorits, Baso Petricic, Gustav Tönnies und Johann Fabian einstimmig gewählt worden sind.

Sonach wurde die Sitzung geschlossen.

* In unserem Kammerbezirke bestehen gegenwärtig folgende Feuer-Asscuranzen: 1. Royal Insurance Company in Liverpool; 2. Versicherungsbank Hungaria in Preßburg; 3. Azienda Assicuratrice in Triest; 4. Erste österreichische Versicherungsgesellschaft in Wien; 5. Erste ungarische Asscuranz-Gesellschaft in Pest; 6. Riunione Adriatica di Sicurtà in Triest; 7. Innerösterreichische wechselseitige Brandschaden-Versicherungs-Anstalt in Graz; 8. Pester Versicherungs-Anstalt; 9. R. l. priv. Assicurazioni generali in Triest; 10. Versicherungsgesellschaft Victoria in Wien; 11. Phönix in Wien.

